

“they abuse us” statt “yes we can”

Der protzige G8/G20 Gipfel in Toronto spielt der Welt eine teure, aber absurde Polit-Soap-Opera vor. Gemeinschaftsfotos, Presseerklärungen, staatstragende Mienen zwischen Besorgnis und Zuversicht sollen weltweit verbreitet werden. Realpolitisch ist eine solche Veranstaltung peinlich.

Was in der offiziellen Sprachregelung “sparen ja, aber ohne Verpflichtung” heisst, bedeutet in Wirklichkeit die schamlose Fortsetzung der Verteilung von unten nach oben. Kürzungen betreffen Sozialsysteme und Löhne der breiten Masse. Aber die Reform der Finanzsysteme, eine Bankensteuer oder gar eine Einführung einer Finanztransaktionssteuer wurden auf die lange Bank geschoben. Von all den frommen Reden nach diversen Milliardenpaketen für Banken und Spekulanten blieb genau gar nichts über.

Für manche wäre es ehrlicher gewesen, vor die Kameras der Weltpresse zu treten und offen zu deklarieren: “Wir haben längst nicht mehr die Macht in unseren Händen.”

Wohl prominenteste Figur des politischen Bankrotts ist Obama: Welche Visionen und Zuversichtlichkeiten haben viele noch vor kurzem mit dem herumposaunten “Yes We Can” verbunden? Vielleicht hat er persönlich zu einem



frühen Zeitpunkt das auch wirklich geglaubt. Wenn er heute aber erkennen muss, dass er mit seinen plänen kläglich scheitern muss, weil der “mächtigste Mann der Welt” eben genau das nicht ist, dann wäre es wichtig, sich und der Weltbevölkerung das einzugestehen. Vielleicht würde das dann vielen die Augen öffnen.

Natürlich gibt es auch jene, die unabhängig von ihrer offiziellen politischen Funktion genügend Finger im Dreck haben, dass sie mit Fug und Recht behaupten können, mächtig genug zu sein, um zumindest für sich selbst ausreichend zu rauben: All die Berlusconi, Sarkozy und Kirchner haben wohl mehr private Machtinteressen, als das Wohl der Allgemeinheit im Kopf.

Solange aber Visionen Illusionen sind, die aus Sehnsucht nach Veränderung zwar gewählt werden, aber sich niemals durchsetzen können, sind diese Täuschungen systemstabilisierend für diejenigen, die entdeckt haben, dass mit “Krisen” noch mehr und schneller Gewinne zu erzielen sind, als mit einer funktionierenden Wirtschaft.

Wir haben längst ein weltumgreifendes Diktat krimineller Spekulationsgewinnler, die Staaten und Währungsunionen spielend erpressen, für die Kriege und Katastrophen, Krankheiten und Tod nicht nur zum Geschäft gehören, sondern wesentlicher Teil des Geschäfts sind.

“They abuse us” statt “Yes We Can” – wäre ehrlich, aber unpopulär.

(Bernhard Jenny in seinem Blog)

Quelle: <http://bernhardjenny.wordpress.com/2010/06/28/they-abuse-us-statt-yes-we-can>

Photo: Downingstreet (Creative Commons)

Mittwochsakin

Diese Ausgabe erscheint am Mittwoch und das wird in Zukunft meistens so sein. Wir strukturieren um und hoffen, daß dadurch sowohl die Produktion als auch die Zustellung besser funktionieren werden, da wir ab Herbst die Akin als normalen Brief versenden. Der Redaktionsschluß bleibt aber gleich:

Montag, 18 Uhr! Später einlagende Beiträge können dann nur mehr nach Maßgabe der Kapazitäten und wenn etwas wirklich aktuell und dringend ist, berücksichtigt werden.

Diese Akin ist aber auch die letzte, die jene Menschen bekommen, die das Abo schon länger nicht bezahlt haben. Bis auf jene Wenigen, denen wir aus verschiedenen Gründen die Akin auch

weiterhin schicken, heißt es Abschied zu nehmen von unseren Gratis-LeserInnen. Alle anderen bekommen spätestens Anfang September (wahrscheinlich schon früher) die nächste Ausgabe. Aber jetzt ist erstmal Sommerpause

Bis demnächst

Eure Redaktion

Grüne Unabhängigkeitserklärung

Wir sind MariahilferInnen, die sich für eine grüne Politik im sechsten Bezirk engagieren – manche von uns schon seit über 30 Jahren. Bis jetzt waren wir die Bezirksgruppe der Wiener Grünen und haben lange erfolgreiche politische Arbeit geleistet: Von der Erkämpfung des Grünwald-Parks bis hin zur Verhinderung von Tiefgarage und Hochhaus am Naschmarkt.

Leider war man in der grünen Landespartei der Meinung, dass eine Berufspolitikerin aus dem Rathaus für die kommende Wahl wichtiger wäre als jene Menschen, die sich im Bezirk grünpolitisch engagieren. Weil wir es gewagt haben, mehrheitlich gegen die Installierung der Gemeinderätin Susanne Jerusalem als Spitzenkandidatin zu stimmen, wollte man uns mittels einer gesteuerten Wahl aus der Bezirkspolitik verdrängen.

In einer konzertierten Aktion wurde eine ganze Reihe neuer Parteimitglieder im Bezirk angemeldet. Und in aller Eile wurde eine zusammengewürfelte Truppe neuer KandidatInnen rekrutiert: Parteiangestellte, aber auch x-belie-

bige Personen aus dem Bekanntenkreis der DrahtzieherInnen – ohne politische Erfahrung und ohne jeden Bezug zu Mariahilf.

Durch diesen Putsch von oben wurden nicht nur grüne Grundwerte verraten, sondern auch unsere langjährige Aufbauarbeit gefährdet. Wir wollen aber nicht einfach klein beigeben, sondern unsere bewährte und erfolgreiche Arbeit im Mariahilfer Bezirksparlament fortsetzen. Daher verlassen wir die grüne Landespartei und treten bei den Bezirksvertretungswahlen am 10. Oktober in Mariahilf als eigenständige grüne Gruppe an:

ECHT GRÜN – DIE MARIAHILFER ALTERNATIVE
vormals GRÜNE ALTERNATIVE
MARIAHILF — Keine Filialen!

*Manfred Rakousky, Grüner Klubvorsitzender;
 Waltraud Freyberger, Andreas Part, Susanne Pircher, Richard
 Weihs, Judith Zach, Grüne BezirksrätInnen;
 Sarah Hollenstein, Karin Naderer, Grüne Kandidatinnen*

Willkommen in der Wirklichkeit

Jetzt hat es also auch die Wiener Grünen erwischt: Sie sind eine ganz normale autoritäre Partei geworden. Lange Zeit war die Wiener Partei ein wohltuendes Korrektiv im bourgeoisen Lodengrün der Bundespartei — nicht zuletzt bei der Verhinderung von Schwarzgrün nach der Bundeswahl 2002.

Doch damit ist jetzt Schluß. Zum einen war ja schon in den letzten Jahren von Wiener Grünspitzen immer wieder zu hören, daß man beim nächsten Mal da nicht mehr ganz so streng sein werde, zum anderen tauchen da jetzt Träume von Rot-Grün auf Wiener Ebene auf — wohl die Folge der berühmten “rotgrünen Projekte” der letzten Jahre. Da reden Leute, die ich bislang eigentlich für sehr vernünftig und erfahren gehalten habe, von einer Koalition, die eigentlich wissen müßten, daß sie es dann sehr billig geben müßten, nämlich billiger als die ÖVP, und die ist in Wien bekanntermaßen und im Gegensatz zur Bundesebene äußerst billig zu haben.

Rot-Grün würde bedeuten, daß die Wiener Grünen, die vor allem in Budget-Fragen immer wieder die seltsame Wirtschafts- und Subventionspolitik der Rathausmehrheit (Skylink, Cross-Border-Leasing, Plakatiermonopol) deutlich kritisiert haben, all den Mist, den die SPÖ in Zukunft

verzapfen wird, mittragen werden müssen. Vielleicht könnte damit das Amerlinghaus gerettet werden, was schon viel wäre, aber ansonsten ginge die Freunderlwirtschaft und Privatisierungspolitik in Wien weiter ihren Gang, und die Grünen müßten dazu nicht nur einfach die Pappen halten, sondern — wie die oberösterreichischen Grünen — die Schweinereien ihres großen Koalitionspartners auch noch verteidigen.

Die Grünen sind in der Krise — nicht wirklich, aber sie glaubten halt irgendwie, daß ihre Bäume in den Himmel wachsen. Seit fast zwei Jahrzehnten träumen sie davon, daß die Behauptungen der Meinungsforscher, die Partei hätte ein Potential von 20% unter der Bundeswählerschaft, real in 20% der Stimmen umsetzbar wären. Willkommen in der Wirklichkeit, liebe Grüne! Ihr seid jetzt auf einem Stimmen-Level, auf dem es zwar noch immer bergauf gehen kann mit Mandaten, aber auch schon bergab. Ihr seid nimmer jung und frech, sondern arriviert. Was ihr bei Bürgerlichen gewinnen könnt, verliert ihr bei den Linken, von denen immer mehr lieber gar nicht oder die wahrscheinlich aussichtslose KPÖ wählen, als euren Opportunismus zu belohnen.

Aus der Opposition kann man mit aggressiven Kampagnen viel bewegen — die FPÖ beweist das leider nur allzugut. Aber in der Opposition sitzt man halt auf harten Bänken und die Grünen wollen jetzt endlich auch den Plüsch der Sitze von amtsführenden Stadträten und Bezirksvorstehungen. Deswegen werden sie gierig. Erklärtes Ziel der Landesgrünenobfrau

sind die Vorstehungen der Bezirke 4 bis 9 — das “Wiener Kipferl” — und der zweite Platz bei der Landtagswahl.

Diese Gier ist aber kein guter Ratgeber, denn sie führt zu SPÖ-Methoden. Da wird ein van der Bellen ex machina präsentiert, der es natürlich nicht notwendig hatte, sich irgendeiner Diskussion oder gar Wahl bei der Landesversammlung zu stellen. Es reicht das Plazet der Wiener Chefin.

Da wird in der Josefstadt eine bürgerliche Kabale, die offengelegt hätte werden müssen und mittels reinigendem Gewitter beseitigt, durch Intervention der Landespartei fortgeführt — die Wahlberechtigten kannten denjenigen, den sie da nach dem Willen der Landespartei zum Spitzenkandidaten machten, vor der Wahlsitzung oft genug nicht einmal beim Namen.

Und in Mariahilf gab es überhaupt einen echten Putsch von oben — und das noch dazu unter Mithilfe auch hier von Leuten, denen ich das wirklich nicht zugetraut hätte; Leute, die ich bis vor kurzem zu jenem Kern der alten Linken in der Partei gezählt hatte, die nicht korrumpierbar wären. Werch ein Illtum!

Wobei das Fiese daran ist, daß die Aktionen in den Bezirken mit den Mitteln der Basisdemokratie passierten. Die “offene Partei” organisierte Neogrüne und solche aus anderen Bezirken und bastelte sich so eine willfähige Mehrheit — das Wort von der “Autobusdemokratie” ist da wohl angebracht. Die subsidiäre Selbstverantwortung der Bezirksgruppen, auf die diese lange Jahre so stolz

waren, wurde damit völlig zerstört. Auf lange Sicht ist gerade das die Katastrophe, weil so Ja-und-Amen-Partei-mitglieder herangezüchtet werden — was man da mit Menschen macht, die sich eigentlich für eine bessere Welt engagieren wollten, ist schlicht eine Schweinerei.

Jetzt stehen die Grünen wieder als das da, als das sie so gar nicht gesehen werden wollen: Als zerstrittene Partei! Nur das es hier nicht mehr um einen produktiven Streit um inhaltliche Positionen geht, wo verschiedene Menschen auch verschiedene Wählerschichten hätten ansprechen können, sondern einfach nur um Pfründe. Welch eine Fortschritt!

Die Wiener Grünen werden nach dieser Vorstellung wohl die Josefstädter Bezirksvorstehung verlieren — denn die früheren ÖVP-Wähler, denen sie ihre relative Mehrheit verdankten, werden nach dieser Aktion wahrscheinlich wieder zu ihrer angestammten Partei zurückgehen. In Mariahilf, wo die Chancen auf die Bezirksvorstehung vor dem Putsch einigermaßen intakt waren, wird die Grüne Partei jetzt wohl abstinken und vielleicht sogar den Bezirksvorsteherstellvertreter verlieren. Und auch der van-der-Bellen-Effekt wird sich in Grenzen halten, denn die gewinnbaren bürgerlichen Wähler werden kaum mehr sein als die damit endgültig vertriebenen Linken.

Bravo, liebe Leute, vor lauter Effizienzdenken habt ihr eure eigenen Chancen vergeben.

Bernhard Redl

WWWebtip

<http://dont-panik.gajwien.at/texte/legalize-heroin>

Für frischen Wind, der möglicherweise einigen Staub aufwirbeln wird, sorgt derzeit die Grünalternative Jugend Wien. Diese hat angekündigt, einen eigenständigen Wahlkampf für die Landtagswahlen im Oktober führen zu wollen. Und daß das nicht immer auf Zustimmung der “erwachsenen” Grünen treffen wird, ist spätestens klar, seit die GAJ ihre neue Infobroschüre herausgegeben hat, in der man auf Seite 30 den provokanten Titel “Legalize Heroin” lesen kann. Nun ist es zwar schon seit mindestens 20 Jahren Stand der Lehre in der Suchtforschung, daß der Großteil der Probleme mit illegalen Drogen aus deren Illegalität herrührt, was ganz besonders für Heroin zutrifft, weil die meisten Vergiftungserscheinungen durch gestreckten Stoff entstehen und der soziale Abstieg großteils dem Wucher der Dealer zu verdanken ist, aber kronenzeitungstauglich ist diese Erkenntnis deswegen noch lange nicht. Und daher wird spätestens, wenn Vertreter der ÖVP oder FPÖ auf diesen GAJ-Artikel zu sprechen kommen, die Landespartei sich dazu äußern müssen. Wenn wir uns erinnern an das peinliche Rumgedruckse im NR-Wahlkampf 2002, als der Vorwurf auftauchte, die Grünen würden “Haschtrafiken” einführen wollen, müssen wir wohl einen Eiertanz befürchten. Einen Vorgesmack bietet die Webausgabe der GAJ, wo schon jetzt heftig diskutiert wird. Vielleicht ist das der Grund, warum aus der GAJ schon von “Kommunikationsproblemen” im Zusammenhang mit der Broschüre zu hören war.

-br-

Karlsplatz wird “gesäubert”

Ohne Spritzentausch am Karlsplatz und ohne Konsumräume in Wien, werden ExpertInnenmeinungen ignoriert, KonsumentInnen und PassantInnen gefährdet.

Derzeit wird versucht die sogenannte Drogenszene vom Karlsplatz zu vertreiben. Ein Großaufgebot der Polizei soll den Betroffenen das Leben möglichst schwer machen (als ob sie es nicht eh schon schwer genug hätten). Neben unzähligen Perlustrierungen und Wegweisungen kam es in der ersten Junihälfte (lt. Wiener Zeitung, 17. Juni) schon zu 162 Festnahmen.

Von der sozialdemokratisch bestimmten Stadtverwaltung wird behauptet, dass durch die Schließung des Spritzentausches am Karlsplatz die KonsumentInnen zur sozialmedizinischen Drogenberatungsstelle Ganslwirt oder zum zweiten, neu geschaffenen Projekt TaBeNo (Tageszentrum Betreuung-

Notschlafstelle) abwandern würde. Dass die täglich am Karlsplatz entsorgten 4500 Spritzen dort auch landen, darf bezweifelt werden. Da auf eine Anlaufphase für den Ersatzstandort verzichtet wurde (die Wahlen sind ja schon im Herbst), kann eine Akzeptanz bzw. Annahme der Projekte durch die neuen KonsumentInnen nur erhofft werden. Problematisch dabei dürfte sein, dass beide Projekte eben nicht vor Ort bei einer bestehenden sogenannten offenen Drogen-Straßen-Szene niederschwellig anknüpfen können, sondern umgekehrt, die Leute zu ihnen kommen sollten. Derzeit werden diese intravenös konsumierenden Menschen jedoch polizeilich vertrieben und somit auf die ganze Stadt

verteilt. Von einer offenen Drogen-Straßen-Szene kann derzeit nicht gesprochen werden. Die Versorgung der KonsumentInnen durch steriles Spritzbesteck wurde somit drastisch eingeschränkt. Mehrmaliges Benutzen einer Nadel durch eine und mehrere (!) Personen wird's nun – in Ermangelung von "frischem Besteck" – leider öfters geben. Die bisher gute Rücklaufquote an gebrauchten Spritzen wird sich in Zukunft somit auch nicht mehr spielen. Als Resultat befürchten die ExpertInnen an der Basis der Drogeneinrichtungen einen Anstieg der HIV- und Hepatitisinfektionen. Da eine Entsorgung dieser Spritzen nicht mehr szenegebunden vor Ort erledigt werden kann, ist zu befürchten, dass die Spritzen

sonstwo landen. Auch da, wo sich inzwischen ein subjektives Sicherheitsgefühl eingestellt hat.

Maulkörbe für die Basis der Drogeneinrichtungen behindern dabei nicht nur unerwünschte Kritik an den "Verantwortlichen", sie verhindern Lösungen. Diesmal jedoch scheint es nicht gelungen zu sein eine öffentliche Debatte, abseits parteipolitischer Interessen zu unterdrücken.

(Libertäre Initiative Sozial Arbeitender Wien / stark gek)

Volltext:

<http://lisasyndikat.wordpress.com/2010/06/23/pickerlaktion-gegen-drogenpolitischen-irrfflug>

Artikel in der Wiener Zeitung: <http://www.wien-erzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3902&Alias=wzo&cob=501191>

Wer hats erfunden?

FPÖ und ÖVP im Wettstreit, wer die originellere Rechtspartei ist

Irgendwie hat man den Eindruck, wie wenn der Wiener Wahlkampf schon 2 Jahre dauerte. Doch das Match SPÖ-FPÖ wird immer mehr zu einer Auseinandersetzung zwischen ÖVP und FPÖ. Bei diesen beiden geht es nämlich darum, zu beweisen, wer denn die bessere Law-and-Order-Partei ist. Einmal abgesehen davon, daß Bundes- und Landespolitik schwer auseinanderzuhalten ist, da beide Spitzen, Strache und Marek, in der Bundespolitik zuhause sind und zum Teil auch über bundespolitische Themen streiten, wird diese Debatte jetzt fast schon wieder lustig, wenn sie nicht so zum Heulen wäre. Das nervige "Wien braucht eine Stadtwache", daß die beiden Parteien seit Monaten in immer kürzer werdenden Intervallen verlauten ließen, war ja auch schon ein bisserl fad. Aber nun gehts richtig los: Der vorletzte Gag, wo die beiden Bundespolitikerinnen Marek und Fekter Militärpolizisten im Einsatz für die Wiener Polizei vorschlugen, ist kaum vergessen — und sowas geht in der Innenpolitik ja bekanntlich

recht schnell —, da dürfen wir jetzt eine "Ricola-Debatte" zwischen schwarz und blau miterleben: "Wer hats erfunden?" Ähnlich wie in der Hustenzuckerwerbung geht es nämlich nicht mehr um die besseren Vorschläge, da diese sich sowieso viel zu sehr ähneln, sondern darum, wer sie zuerst gemacht hat.

Und das geht dann so: "Die Wiener ÖVP-Chefin Marek hat sich — zwar nicht über die Maßen elastisch, aber doch — auf das Trittbrett des FPÖ-Zuges in Richtung Schaffung einer berittene Polizeieinheit



gemüht, so dass nach kuriosen Vorschlägen wie etwa Militärpolizisten im regulären Streifendienst endlich einmal etwas Vernünftiges gefordert wird. ... Diese sollen — auch das hat Schwarzfahrerin Marek korrekt übernommen — vor allem auf der Donauinsel, in der Lobau und im grünen Prater zum Einsatz kommen. Großveranstaltungen, Demos und etwa auch die weitläufigen und besonders 'einbruchsanfälligen' Siedlungsgebiete in den Randgebiete

ten des 22. Bezirks könnten von der berittenen Polizei ebenfalls sicherer gemacht werden" ließ der H.C-Man am Sonntag via Presseaussendung der ÖVP ausrichten.

Marek darauf: "Unverständlich wie Strache darauf kommt, dass die FPÖ in Wien Ideen vorgibt". Die Wiener FPÖ solle in diesem Zusammenhang an ihrem Langzeitgedächtnis arbeiten, denn wie leicht nachzulesen sei, hätte bereits 1999 der Sicherheitssprecher der ÖVP Wien, Wolfgang Ulm, der FPÖ Wien zum Beschluss gratuliert, die Idee zur berittenen Polizei von der ÖVP Wien übernommen zu haben.

Darauf der FP-Hinterbänkler Mahdalik: "Wem der Herr Ulm im Jahr 1999 zum Namenstag oder sonst was gratuliert hat, ist in Sachen berittene Polizei eher wurscht, liebe Frau Staatssekretärin. Wenn Ihre Pressestelle genauer recherchiert und mit der Kopieren-Einfügen-Einlage nicht einen Beitrag zur leichten, sonntäglichen Unterhaltung geleistet hätte, wären auch Sie zur Erkenntnis gelangt, dass die seit dem Jahr 1993 bestehende FPÖ-Forderung nach der berittenen Polizei auf der zerfledderten ÖVP-Fahne ziemlich deplatziert wirkt."

Ich warte jetzt auf eine Aussendung der Wiener ÖVP, wo irgendwas aus den 80ern zitiert wird, worauf die FPÖ mit einer Aussage aus den 70ern kommt.

Man kann das aber auch abkürzen. Denn die FPÖ identifiziert sich

ja immer so gerne mit den Revolutionären von 1848. Und die schafften in diesem Jahr in Wien die berittene Polizei ab. Bis dann Feldmarschall Fürst Windischgrätz kam, die Revolutionäre niedermetzelte und die gute alte Ordnung wiederherstellte. Dieser wäre nach dem heutigen

Parteischema wohl am ehesten der ÖVP zuzurechnen. Ebenso wie jener Polizeipräsident Schober (ehemals k.u.k. Beamter und später phasenweise Christlichsozialen und Landbund nahestehend), der 1927 die Demonstranten vor dem Justizpalast von Polizeireiterei mit blankem Säbel

massakrieren ließ. Also so gesehen hat die ÖVP schon recht, wenn sie die berittene Polizei als einer ihrer ureigensten Ideen ansieht. Allerdings dürfte das auch der Grund sein, warum die Sozialdemokratie die Idee für nicht so toll hält. *-br-*

Zuviel des Dienstes

Die Innenministerin, Frau Fekter, ist nicht unbedingt dafür bekannt, gute Ideen zu haben. In der Frage des Zuvielendienstes ist sie allerdings einen Schritt zu weit gegangen. Sie hatte das Bestreben, dass die Zuvielendienststeinrichtungen für einen Gutteil ihrer Zuvielendiener die Kosten eigenständig tragen. Abgesehen davon, dass es sich bei den Trägereinrichtungen fast ausschließlich um Vereine und Institutionen handelt, die ohnehin von der öffentlichen Hand zu erhalten sind, hätte dies eine bloße Kostenverschiebung und Kostenkosmetik im Interesse des Innenministeriums bedeutet.

Es handelt sich um eine skurrile Idee, wenn man/frau bedenkt, dass der Staat die jungen Männer zwangsweise dazu verpflichtet, statt dem Grundwehrdienst einen Ersatzdienst abzuleisten. Dass die Ersatzdiener ungleich schlechteren Bedingungen ausgesetzt werden (sowohl materiell als auch vom zeitlichen Aufwand her) ist dem Druck und Durchsetzungsvermögen der Armee sowie der Stahlhelmfraktion im Parlament geschuldet. Dass die Kosten für diesen staatlich verordneten Zwangsdienst aber plötzlich die Einrichtungen tragen sollten, die sich der Zuvielendiener bedienen, schlägt wohl dem Faß den Boden aus. Für die Aufrechterhaltung der zivilen Landesverteidigung sollten die Zuvielendienststrägereinrichtungen die finanzielle Verantwortung zu in einem bislang unbekanntem Ausmaß zu tragen beginnen, die Idee der zivilen Landesverteidigung ist aber eine militärische, mit dem Konzept der Umfas-

senden Landesverteidigung wurden die Zuvielendiener schließlich in die Militärstrategie integriert. Es ist schon heute ein Skandal, dass Trägereinrichtungen einen Teil der Kosten für die Zuvielendiener zu übernehmen haben, somit eine rein militärische Strategie bereit sind zu finanzieren, und die Zuvielendiener als ihre billigen Sklaven unbedingt erhalten wollen.

Auf massivem Druck, der primär von den Blaulichtorganisationen ausgegangen ist — welche übrigens am meisten von den Zuvieldienern profitieren, sie



zahlen auch am wenigsten – musste die Innenministerin Abstand von ihrer Idee nehmen. Ende gut, alles gut?

Naja. Die Zuvielendienststrägereinrichtungen haben sich nicht gerade rühmlich verhalten. Die großen Organisationen, wie das Rote Kreuz, haben einfach um ihre Sklaven gekämpft. Es ist wieder einmal deutlich geworden, dass qualifiziertes Personal, welches korrekt zu entlohnen ist, unübersehbar höhere Kosten verursachen würde. Unter diesen Bedingungen geriet auch die Frau Fekter in Argumentationsnotstand.

Viele soziale Einrichtungen sind nicht einmal ansatzweise auf die Idee gekommen, endlich anständige Löhne und Gehälter für gleichwertige

Mitarbeiter einzufordern, sie wollten entweder nur die Bezahlung ihrer Zwangsdienster weiter gewährleistet wissen, oder aber däumchendrehend etwas dümmlich schauend die Meinung vertreten, dass sie mit weniger Zuvieldienern das Auslangen werden finden müssen, selbstverständlich auf Kosten der regulären MitarbeiterInnen, die die zusätzlichen Arbeiten dann zu übernehmen hätten.

Die Idee ist geplatzt. Gewonnen haben die MitarbeiterInnen sozialer Einrichtungen, welche die zusätzliche Arbeitsleistung nun nicht zu tragen haben. Gewonnen hat der Staat, der seine Zwangsdienster weiterhin zuweisen kann, gewonnen hat die Armee, die auf der Aufrechterhaltung der zivilen Landesverteidigung beharrt, gewonnen haben die Zuvielendienststrägereinrichtungen, die gerne Zuvielendiener ausbeuten, verloren haben die Zuvielendiener. Es wäre doch eine nette Idee gewesen, sich für den Wehersatzdienst zu entscheiden, und dann gibt es keine Einrichtung, die einen aufnimmt. So quasi: i steh auf der Straß'n und wart auf a Platzerl, oba es kummt kans, kummt kans, kummt kans — ja gewonnen: mit dem 35. Lebensjahr ist die Zuweisungsmöglichkeit im Regelfall der Vergangenheit angehörig. Das hätte auf den ersten Blick gut ausgesehen, und man/frau könnte sich wünschen, dass sich die Frau Fekter in vielen Fragen nicht durchsetzt, in diesem Fall aber schon, nur: auf den zweiten Blick sieht es nicht mehr so gut aus, die Zuvielendienststeinrichtungen hätten sich auch weiterhin auf diesem Sklavenmarkt herumgetrieben und es darf die Befürchtung geäußert werden, dass sie sich ihre Zuvielendiener entweder auf Kosten des übrigen Personals erspart oder selber bezahlt hätten, da sich diese Variante immer noch rechnet.

rosalia krenn

Soziales:

Sinnloses Junktim

Mindestsicherung und Transparenzkonto passen zusammen wie Pest und Cholera

Echte Offenlegung aller Zuwendungen der öffentlichen Hände wäre auf jeden Fall sinnvoll, egal ob das Transparenzkonto früher oder später eingeführt wird. Bei der Mindestsicherung an sich ist durch die zentrale Steuerung über das AMS und die verpflichtende Offenlegung aller Bezüge ein Missbrauch von vornherein ausgeschlossen. Aber vielleicht soll ja die Transparenz bei den Förderungen anderer Gruppen wie Landwirtschaft und Industrie verhindert werden.

Obwohl die Idee der bedarfsorientierten Mindestsicherung ursprünglich als kleiner Schritt in die richtige Richtung gesehen werden

konnte, lehnen auch die Armutskonferenz und viele NGOs das jetzt vorliegende Konzept der bedarfsorientierten Mindestsicherung ab, weil die Änderungen, immer nur wesentliche Verschlechterungen mit sich brachten:

- Die unzumutbaren "Zumutbarkeitsbestimmungen" für die Arbeitsvermittlung, werden angesichts der fehlenden Arbeitsplätze eher als Zwang denn als Anreiz verstanden. So gelten z.B. Betreuungspflichten nur bis zum vollendeten 3. Lebensjahr des Kindes als Entschuldigung für die Ablehnung eines Arbeitsplatzes.
- die Höhe von 744 Euro wurde von 14 auf 12 malige Auszahlung p.a.

verringert und liegt damit deutlich unter der von der EU vorgegebenen Armutsschwelle von derzeit ca. € 11.400,- pro Jahr.

- zu "schlechter Letzt" ist "Vermögen" über 3.700,- Euro vorher aufzulösen, was z.B. jede bisher angesparte private Altersvorsorge ad absurdum führt, obwohl diese von der früheren Regierung als Zusatz zur ASVG-Pension empfohlen wurde.
- Zwang zu Billigarbeit, Abbau der Vorsorge und zu wenig Geld fürs tägliche Leben!

Zusammen wird dies zu weiterer Verarmung und Prekarisierung beitragen, weil erzwungen billige Arbeit die ordentlichen Arbeitsplätze gefährdet und Geldmangel die Kaufkraft für den privaten Konsum weiter senkt, ohne dass ein quantitativer Ausgleich durch die Mindestsicherung erfolgt.

Die Mindestsicherung wird damit

Details zum Regierungsvorhaben

Angeblich hat die österreichische Regierung einen Wert von 933 Euro/monatlich als Armutsgrenze angenommen. EU-SILC 2008 legt die Armutgefährdungsschwelle bei 950 Euro fest und die Gruppe "Aktive Arbeitslose" schreibt, dass darunter kein menschenwürdiges Leben möglich wäre. (1)

Definition der Armutsgrenze durch die EU-Kommission: Wer arm ist, berechnet sich am durchschnittlichen Nettoeinkommen des jeweiligen Landes. Menschen, die weniger als 60 Prozent des Durchschnitts verdienen, gelten als arm. Diese Grenzen sind innerhalb der EU sehr unterschiedlich. Diese Zahlen stammen aus 2008:

- 158 Euro pro Monat in Rumänien
- 233 Euro pro Monat in Bulgarien
- 325 Euro pro Monat in Polen
- 833 Euro pro Monat in Deutschland
- 888 Euro pro Monat in Österreich
- 941 Euro pro Monat in Zypern (griechischer Teil)
- 1375 Euro pro Monat in Luxemburg (2)

Die Regierung orientiert sich bei der Bemessungsgrundlage nicht an der Armutgefährdungsschwelle (951 netto, 12x/Jahr) sondern am Ausgleichszulagenrichtsatz (783,99.—brutto/14x/Jahr) und noch schlimmer in der Umsetzung dieses Gesetzes (vorher genanntes -5,1% als Krankenkassenbeitrag und gekürzt auf 12x/Jahr = 8928,08.- jährlich also 744,01 monatlich). Dieser Wert liegt damit eindeutig auch unter der von der EU definierten Armutsgrenze für Österreich.

Sehen wir uns den Entwurf zur Bund-Länder-Vereinbarung also weiter an:

Zu Artikel 10: Die Mindeststandards für weitere im Haushalt lebende Personen gilt:

- pro Volljährigen/r 558,01
- volljährige Kinder 372,01
- für die ersten drei minderjährigen Kinder je 133,92
- ab dem 4. Kind 111,60

Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln lässt sich in Österreich nicht einmal die Ernährung sichern, geschweige denn Grundbedürfnisse wie Wohnen, Hygiene, Bildung, die Ausübung eines Soziallebens und die Aufrechterhaltung der Kommunikation mit seinem Umfeld. Vermutlich wird es so auch verunmöglicht Kindern eine Schulbildung zu sichern, da dort mittlerweile auch verpflichtende Kosten anfallen, die sich BezieherInnen der Grundsicherung schlicht nicht leisten können.

Die Mindestsicherung kann ausnahmsweise bescheidmäßig durch Sachleistungen ersetzt werden, wenn dadurch eine Deckung des Lebensunterhaltes besser erreicht werden kann. Bekommen wir dann 20 Kilo Kartoffeln pro Monat vom Staat?

Zu Artikel 11: Leistungen können an Dritte ausbezahlt werden. Daran ist zu kritisieren, dass etwaige Mieterhöhungen einseitig, ohne Kontrolle des Mieters, durchgesetzt werden können. Auch die Ausssetzung der Miete z.B. auf Grund schwerer Mängel am Mietobjekt kann so nicht durchgeführt werden und stellt eine Einschränkung der Mittel zu Abwehr von nachteiligen Ereignissen dar.

zu einer Verschärfung der Sozialhilfe degradiert, führt zur weiteren Verringerung der sicheren Altersversorgung und zu Verschlechterungen für eine große Anzahl von Bedürftigen, auch wenn sie für einige Menschen in ganz wenigen Bereichen Verbesserungen bringen soll – wie z.B. die E-card für alle Unversicherten.

Obwohl diese Mindestsicherung abzulehnen ist, finde ich das unsinnige Junktim beschämend, unsachlich und leicht durchschaubar als Provokation, die entweder parteipolitische Taktik zur weiteren Verschlechterung, Verzögerung oder Verhinderung der Maßnahme ist, oder der Verschleierung anderer Förderungen geschuldet ist. Es ist ein offenes Geheimnis, dass zB. "Red Bull" Mateschitz und die britische Queen zu den größten Empfängern von EU-Landwirtschaftsförderungen gehören.

Vor dem Hintergrund der beschlossenen Milliardenhilfen für

Banken, Investoren, Auto- und Rüstungsfirmen kann diese Verknüpfung von Mindestsicherung und Transparenzkonto nur als zynisch, abgehoben und kontraproduktiv empfunden werden.

Das österreichische Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt fordert seit Jahren ein bedingungsloses Grundeinkommen in Existenz und Teilhabe sichernder Höhe, das die Betroffenen vor Armut schützen und die Existenzsicherung von der Erwerbsar-

beit entkoppeln könnte. Dieses Instrument würde bei der Verwaltung sparen, den unteren Einkommenschichten helfen und dadurch den Konsum, das Kleingewerbe und die Eigeninitiative für zivilgesellschaftliches Engagement stärken.

Robert Reischer



“Vermögenssteuer jetzt!”

Am 24.6.2010 fanden unter dem Motto “3,5 Milliarden für die Zukunft. Vermögenssteuer jetzt!” in ganz Österreich zahlreiche Aktionen der Allianz “Wege aus der Krise” (Attac, SOS Mitmensch, Gewerkschaften, etc.) statt. Die einzelnen Aktionen in Wien und den Bundesländern wollten sichtbar machen, daß Österreich reich ist und der Reichtum in den Händen einiger weniger: 10 Prozent der Bevölkerung besitzen rund 720 Milliarden Euro (das sind rund 60 Prozent des Gesamtvermögens). Allein die Zahl der österreichischen Euro-Millionäre sei laut dem Vermögensreport 2009 der Liechtensteiner Investmentgesellschaft Valuga trotz der Wirtschaftskrise um elf Prozent auf 68.900 Personen gestiegen. Ihr addiertes Vermögen habe sich auf 210 Milliarden Euro vermehrt. *(Wege aus der Krise/bearb.)*

Zu Artikel 13: Hier wird das Einkommen von im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen berücksichtigt, wobei nirgends die realen Zahlungspflichten rechtlich definiert sind und dies reale Abhängigkeitsverhältnisse schafft.

Vermögen muss veräußert werden. Abgesehen von der mutwilligen gesetzlich verordneten Vermögensvernichtung, die an die Zwangsverkäufe der Juden in den 1930er Jahren erinnern, durch die manch heute Reicher zu seinem Vermögen gekommen ist, ist das hier besonders zynisch, da es sich bei den hier betroffenen “Vermögen” oft um das einzige Hab und Gut handelt, das den Leuten die Aufrechterhaltung ihres sozialen Status vor dem Abgleiten in die irreversible Armut noch ermöglicht.

Und das sind wirklich keinerlei Luxusgüter. Selbst wenn ich ein Haus besitze, mag es zwar sein, dass ich bei entsprechender Größe zur Vermietung gezwungen werden sollte, um mir so Einkünfte zu lukrieren, aber soll ich andere ausbeuten, um überleben zu können? Und verkaufen? Das Haus kann ich mir sicherlich nicht nochmal leisten, wenn ich in einer dermaßen Notlage bin, die mich dazu zwingt, die Mindestsicherung in Anspruch zu nehmen. Solange es sich also um ein Haus handelt, in dem ich lebe und vielleicht auch arbeite, wieso soll ich das verkaufen müssen? Das verbessert meine Situation ja nicht nachhaltig, ganz im

Gegenteil, dann bin ich den Miethaien ausgeliefert und muss in eine Miniwohnung ziehen, wo ich nur noch für die Miete arbeiten gehe.

Da bräuchte es eher wieder eine Regulierung des Marktes durch den Staat um den Mietwucher einzudämmen und der Spekulation mit dem Grundbedürfnis Wohnen Einhalt zu gebieten. Ansonsten komme ich nach Verbrauch des Geldes aus dem Hausverkauf sicherlich nicht besser aus der Armut heraus.

Abgesehen davon, dass auch hier gilt: Notverkäufe wirken wertmindernd, stellen also einen Kapitalverlust - in letzter Konsequenz auch für den Staat - dar.

Zu Artikel 14: Weiterführende Ausbildungen dürfen nicht gemacht werden, wenn dadurch die Arbeitsfähigkeit eingeschränkt werden könnte. Also Studieren nach 18: njet. Also in den unteren Lohnniveaus halten, da sind sie besser ausbeutbar und bringen dem Staat auch in Zukunft weniger Einnahmen, weil die Leute ja dann auch weniger Lohnsteuern zahlen... Elitebildung der Reichen gesetzlich gesichert.

Leistungen können bis auf 50% gekürzt werden - wenn “keine Bereitschaft zu einem zumutbaren Einsatz der Arbeitskraft besteht”. Also keine Mindestsicherung sondern eine Halb-Mindestsicherung?

und so weiter und so fort... mehr dazu unter (3)

S.W.

Volltext des Entwurfs für die 15a-Vereinbarung: http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIV/II/_00677/pmh.shtml

(1) Quellen: <http://www.wissenswertes.at/index.php?id=inflationsrate-2010>

http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/infothek/erhebungen__quellen/blank/blank/silc/06.html

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html

(2) Quelle: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/personen-einkommen/jaehrliche_personen_einkommen/index.html

(3) http://www.aktive-arbeitslose.at/mindestsicherung_stellungnahme_wien.html

Altes Einsperrkonzept in neuem Schubhaftzentrum

Die Architekten, die nun den Wettbewerb für das Schubhaftzentrum Vordernberg gewonnen haben, haben vermutlich das Beste aus den Anforderungen gemacht. Das Innenministerium hat aber einmal mehr bewiesen, dass selbst Menschen, die zur Rückkehr in ihren Herkunftsstaat bereit sind, hinter Mauern und Zäunen eingesperrt bleiben. Von den Grundanforderungen unterscheidet sich das Schubhaftzentrum Vordernberg kaum von polizeilichen Anhaltezentren, ein wenig mehr Bewegungsraum innerhalb der einzelnen Anhalteabteilungen soll laut Ausschreibung Vordernberg zu einem europaweiten Vorzeigeprojekt machen. Die Kontrolle der angehaltenen Personen soll sich aber nicht von jener in Justizanstalten unterscheiden, Überwachungssysteme außen und innen, selbst die Nutzung der Gemeinschaftsanlagen wie Fitness- und Funbereich ist nur unter Kontrolle vorgesehen. Für Besuche ist keine Lockerung der Bedingungen in Sicht, wie dies von Menschenrechtsinstitutionen wie etwa dem Anti-Folterkomitee immer wieder gefordert wird. Besucher werden wie im Gefängnis durch Glasscheiben mit den Schubhäftlingen sprechen müssen. Die strukturellen Verbesserungen, die im Vordernberger Schubhaftzentrum realisiert werden sollen, zeugen nicht von einem geänderten Konzept im Umgang mit Menschen, die aus Österreich ausreisen müssen, kritisiert Anny Knapp von der asylkoordination das Vorhaben. Da laut Informationen der Innenministerin nur ausgewählte Personen in das neue Zentrum verlegt werden sollen, die auch zur Rückkehr bereit sind, sollte auf die weitreichenden Kontroll- und Sicherheitsmaßnahmen verzichtet werden. *(asylkoo)*

Kontakt: asylkoordination österreich, Laudongasse 52/9 1080 Wien, Tel: 01-5321291/15, knapp@asyl.at, <http://www.asyl.at>

Geld für "Dessis"

Schnorrbrief der Deserteurs- und Flüchtlingsberatung

PLEASE INSERT COIN oder Weshalb wir behördlichen Spieltrieb gerne beschränken

EIN NEUES SPIELZEUG ...

Behörden, die mit dem Fremdenrecht befasst sind, haben zu Jahresbeginn 2010 ein neues Spielzeug geschenkt bekommen: Das Fremdenrechtsänderungsgesetz. Wie gewohnt sind sie derzeit dabei, sämtliche Funktionen dieses Spielzeugs nun gewissenhaft auszuprobieren. Man will ja schließlich wissen, was es alles kann.

.. MIT VIELEN FUNKTIONEN UND LANGER LEBENSDAUER

Und tatsächlich bietet die Novelle einige neue Funktionen, die die Behörden wohl noch eine Zeit lang beschäftigen dürften. So könnensich PolizistInnen mittlerweile als BriefträgerInnen betätigen und munter Asylbescheide an obdachlose Flüchtlinge austragen. Daneben stellen die Reviere nun auch eine Art Meldeamt dar, auf dem Flüchtlinge alle 14 Tage mit ihrer Unterschrift bestätigen müssen, noch nicht geflüchtet zu sein. Sofern neben diesen Tätigkeiten noch Zeit bleibt, wird im Außendienst gegen die Wirtschaftskrise gearbeitet, indem Flüchtlinge bestraft werden, die es gewagt haben, ihren Bezirk zu verlassen. Die Mindeststrafe dafür beträgt nunmehr 1.000 Euro und kann bis zu 15.000 Euro ausgeweitet werden.

Auch in den Bundesasylämtern haben die Neuerungen für erhöhten Arbeitseifer gesorgt. Hoch im Kurs stehen dabei die Altersfeststellungen. So wird mit erheblichem medizinischen Aufwand 'festgestellt', dass junge Flüchtlinge sicher nicht 17,3 sondern vielmehr 19,1 Jahre alt seien. Die Rechtsmittelfrist für bestimmte negative Entscheidungen wurde außerdem auf eine Woche verkürzt.

Es gilt also, einiges auszuprobieren. Das dürfte auch in nächster Zeit so bleiben. Die Halbwertszeit derartiger Spielsachen beträgt erfahrungsgemäß ein bis zwei Jahre, bis die Höchstgerichte feststellen, dass einige Funktionen doch zu gefährlich sind und damit den Spaß am Spielen etwas verderben. Dies ist allerdings kein Grund zur Sorge, da bis zu diesem Zeitpunkt bereits am nächsten Spielzeug geordert wird.

DIE SPIELVERDERBERINNEN SIND 18 ...

Leider gibt es aber gemeine SpielverderberInnen, die die behördliche Kreativität immer wieder aufs Neue zu begrenzen suchen. Auch wir verderben dieses unbeschwerte Spielen. Nunmehr 18 Jahre alt, kann die Deserteurs- und Flüchtlingsberatung den behördlichen Spieltrieb weder nachvollziehen noch billigen.

Seit 18 Jahre lang leisten etwa 30 Personen großteils ehrenamtliche Rechts- und Sozialberatung. Wir klären Flüchtlinge kostenlos über ihre Rechte auf, vertreten sie in ihren Verfahren, helfen ihnen, Berufungen und Beschwerden zu verfassen. Wir sind dabeiüberhaupt nicht objektiv, sondern stehen ausschließlich auf der Seite unserer KlientInnen. Wir sind außerdem unabhängig und handeln somit nur in deren Auftrag. Und wir werden einfach nicht müde, aufzuzeigen, dass es hier um Menschen geht und das Ganze eben kein Spiel ist. Wir gefallen uns in der Rolle der SpielverderberInnen.

... UND BENÖTIGEN UNTERSTÜTZUNG

Das Engagement und vor allem die Unabhängigkeit haben dennoch ihren Preis. So müssen auch wir Kosten wie Miete, Telefon, Kopien etc. tragen. Und genau dabei benötigen wir Unterstützung. Wenn Sie also auch der Meinung sind, dass mit Menschenleben und mit Menschenrechten nicht gespielt werden kann und darf, können Sie genau hier tätig werden.

Das Spielverderben kann grenzenlos kreativ sein: Spenden, Daueraufträge, das Veranstellen von Benefizaktionen, sowie jegliche andere Unterstützung werden von uns gern angenommen.

DANKE

Mit Eurer Spende leistet ihr einen wesentlichen Beitrag zum Fortbestehen der Beratungsstelle. Daueraufträge ermöglichen uns eine bessere Kalkulation unserer Ausgaben: BAWAG BLZ 14 000 Kontonr: 01 01 0813 332

Deserteurs- und Flüchtlingsberatung, Schotengasse 3a/1/59, 1010 Wien

Tel.: 01 / 533 72 71

Fax: 01 / 532 74 16

info@deserteursberatung.at

<http://www.deserteursberatung.at>

Offene Beratung: Mi, 18 - 19.30 Uhr andere

Termine nach Vereinbarung

Tabiki: Beratung für Konventionsflüchtlinge

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Gratis Deutschkurse T-Shirts, Pullis, Taschen

erhältlich. Näheres auf unserer Homepage

Reaktionen auf akin 17/2010

In der letzten Ausgabe brachten wir einen Text von Stefan Horvath von der RSO, der Praxis-Probleme bei basisdemokratischen Systemen ansprach. Darauf erhielten wir folgenden Hinweis:

Direkte Demokratie mit Zweikammernsystem

In der besetzten ARENA in Wien 1976 hatte sich die (meines Wissens einmalige) Struktur einer direkten Demokratie mit Zwei-Kammern-System entwickelt! Das kam so: Das Verhandlungskomitee wurde von der Vollversammlung gewählt bzw. bestätigt. In der Vollversammlung hatte jede(r) Anwesende eine Stimme. Hier waren also alle Nachteile, etwa der Unverbindlichkeit oder des Zeitbudgets der Betroffenen gegeben.

Die Leitung der Tätigkeit im Gelände oblag dem Arbeitsgruppenrat, der praktisch das Rätssystem verwirklichte (offene direkte Wahl durch kleine Basisgruppen, gebundenes Mandat mit jederzeitige Abwählbarkeit usw.).

Im Interesse des gemeinsamen Ziels waren Verhandlungskomitee und Arbeitsgruppenrat gezwungen zu kooperieren.

In der kurzen Zeit der Besetzung war es natürlich nicht möglich, ein rei-

bungsloses und effizientes Arbeiten einzuführen, oder diese spontan entstandene Struktur entsprechend zu untersuchen, oder etwa in Statuten festzuschreiben. Dennoch haben mir inzwischen einige Fachleute (Staatswissenschaftler, Historiker, Soziologen) bestätigt, dass auch ihnen eine derartige Struktur noch nicht untergekommen wäre.

Das ganze hing natürlich auch mit der modernen Technik zusammen. Ohne Lautsprecher/Verstärker wäre es völlig unmöglich so viele Leute in einer Vollversammlung zum Zuhören und Mitstimmen zu bewegen.

Dora Schimanko

Zum Thema: Freude über den Sieg Serbiens über Deutschland:

Fußballschauen in Albanien

Liebe Rosalia, lieber Bernhard, ihr könnt euch leicht freuen über einen Sieg Serbiens. In Wien ist das keine Kunst, die Stadt ist voller Serben, die Deutschen haben hier wenig Fans und die paar Deutschen wissen das und verhalten sich ruhig. Ich aber habe mich in Durres, einer albanischen Hafenstadt über den

Sieg Serbiens gefreut. Dazu gehört Mut. Die Hälfte der hunderten jungen albanischen Männer, die mit mir in der Fanzone waren, trugen deutsche Dressen oder schwenkten deutsche Fahnen, und auch die andere Hälfte ließ keinen Zweifel über ihre Sympathien für die Deutschen. Und alle hassten die Serben, vermutlich wegen Kosova. Und ich mittendrin reiß als einziger beide Hände in die Höhe und lass einen Jubelschrei raus. Na ja, ich wurde nicht verprügelt. Doch nur weil die Albaner gastfreundliche Leute sind, aber es war schon klar: ein zweiter Jubelschrei würde mir nicht guttun.

Aber wir haben uns alle drei (und sicher noch viele andere) zu früh gefreut. Deutschland ist im Achtfelnale und Serbien nicht. Und so läuft es meist, egal wie schlecht die Deutschen sind und wie oft sie verlieren, am Ende sich sie immer fein raus. Drum mag sie ja auch kaum jemand. Ich denk jetzt nicht nur an Fußball. Und wenn das jetzt nationalistisch, antideutsch, politisch unkorrekt oder ein böses Vorurteil ist, dann ist mir das völlig wurscht.

Herbert Sburny

Anmerkung des LayOuters: So, jetzt ist dann aber Schluß mit dem Piefke-Bashing. Das nächste mal werden wir uns was Seriöses zum Thema Nationalismus ausdenken. Über den Sommer sollte Zeit dazu sein...

Änderungen bitte uns bekanntzugeben! Telefonnummern ohne Vorwahl sind Wiener Festnetz-Nummern.

Ständiges

Critical Mass (aka Radldemo), j. 3. Fr. i. Monat, 16:30, 1030 Schwarzenbergpl., <http://criticalmass.at/>
GRÜNE Bezirksgr.: BG2 j. 1. u. 3. Mi, 19h, Galerie Vor Ort, 1020 Wohlmutstr.14; BG3 j. 1.u.3. Mi 19h Ungarg. 45; BG4 1. Mi, 20h, 1040 Favoritenstr.22; BG5 Di 19,30 1050 Zentag. 39/1 BG6 1.u.3.Mi 19,30 Sopherl am Naschmarkt, 1060 Linke Wienzeile 34, BG7 j. unger. Wo. Do Cafe Kultur, Westbahnstr.21; BG8 j. Mi 19h, Kochg. 16, Tel.403 36 69; BG9 j. 1. u.3. Mi 19h, Pramerg. 19, 3.Mi auf Anfrage Tel.92 50 712; BG10 jed Mi, 19h, Pernerstorferg. 42; BG11 GrünRaum Leberberg, Mi u.Do 16-19h, sowie Fr 9 bis 12h. 1110 Rosa Jochmann Ring 5/28; BG12 j. 2. u. 4. Do, 19h, Gh. Weidinger, Klährng. 3; BG13 jed 1. + 3. Mi, 19,30, Gh Asien Villa, Auhofstr.80, BG14 Linzer Straße 251 - Mi 16-18h, BG15, Do, 19h, Krimhildplatz 10.; BG16, jed. 2. Die 19h im Lokal der BG 8 1080 Blindeng.5/2 Infos 0664/831 75 20, BG17 Di, 19,30, Club Gandhi,

Schadinag. 3; BG19, Mi, 19h, Barawitzkag. 16; BG20, j. 1., 3. + 4. Mi, 19,30; Hannoverg.13; BG21 j.Mi 18,30, Brünner Str.26-32/5, BG22 j. 1.+3. Di, 19,30 Wagramerstr. 117/1, sowie GrünRaum Donauefeld, jed.Do 16-19h, 1220 Dückeg. 7/Tokiostr.11; BG23 Mi, 20h, Atzgersdorf, Kirchenpl. 7, Init. Grüner SeniorIn. j.1.u.3.Di, 17h, 1070 Lindeng. 40
GAJ: Wien: Plenum Do 19h, 1070, Lindeng. 40, T52125242, <http://www.gajwien.at/>; Wr.Neustadt Fr 15h Roseng.9; Stmk: Fr 15h Graz Paulustorg. 3. Tirol Mo 19h Grünes Büro Ibk., Adamg. 13-15; Vlb.: 6800 Feldkirch Pf73;
SLP: 1070 Kaiserstr. 14/11, T. 5246310, F. 5246311; Treffen: SchülerInnen, jed. Mo 18h im Amerlinghaus, 1070 Stiftg.8, Zypresse, jed. Mi 19h, 1070 Westbahnstr.35a/Kaiserstr., Cafe Das Schwarze Schaf, jed.Do 19h, 1080 Ledererg.26, Pizzeria La Piazza, jed.Mi 18,30, 1200 Gaußplatz 7, Linz, jed. Mo 18,30 Alte Welt, Hauptpl.4; Slzbg jed. Mi 19h, Shakespear. Hubert-Sattler-G. 3/Mirabellplatz, , NÖ nicht regelmäßig Infos Tel. 01/524 63 10 oder www.slp.at

KPÖ: Linz, Treffpunkt Cafe KPÖ, Mi 18h, Melicharstr.8
INFOLÄDEN: Wels: 4600 Spitalhof 3, Tel.07242/910432; Mi, Do 14-18, Fr 14-22, Sa 11-14, infoladen-wels@liwest.at; Korneuburg: IL Kamtschatka Zivild.berat., Bücher, Zeitschr., j. 1.u.3. Mi i.Mon. 15,30-16,30, 2100 Laaer Str. 6; IL Linz: Treibsand Rudolfstr.17, Di, Fr, Sa 16 - 20h, <http://www.kv-treibsand.at.tf>; IL Salzburg: Lasserstr.26, Di+Do 16-20h, So 13-19h, infoladen.salzburg@gmx.net; IL Bregenz, AJZ Between., Bahnhofstr.47, 05574/44379, juzbuch@gmx.at
Politik a. Freitag j. 2. Fr. i. Mo., Wr. Neust., 19,30, Triebwerk/ Neunkirchner Str. 65B
EKH (1100, Wielandg. 2-4): Que(e)r Mittwoch-Beisl 18,30-24h. Infol.X: Mi-Do 14-20, Fr, Sa 14-22h. VOLXbibliothek Do 16 - 20 h. <http://www.med-user.net/ekh>
PrekärCafe .j. 1. Di im Monat 20h Disk.; ab 18h. 1010 Wipplingerstr.23/Stiegenabg.

FRAUEN: FLMZ, Währingerstr. 59/ St.6, T+F 4085057, Plenum: j.1. Do, 18:30, 2.St; FZ-Beisl: Do-Sa ab 19h, Plenum: j.2.u.4. Di 18h, Eingang Prechtlgasse, ARGE Dic ke Weiber, Treffen jed. 2. Freitag im Monat, 17,30; T4028754; Beratungs-, Therapie- & Bildungszentr.f. Immigrantinnen, T4086119, <http://www.peregrina.at>; V. Förderung femin. Handwerkerinnen, T4084443
Foto- & Zeitschriftenarchiv d. AUF: Büro. Mi, 10-12h, 1010 Kleeblattg.7. WOHNEN: Fawos - Wohnungssicherung 2185690, fax DW85030. 1020 Schiffamtsg. 14, 3. Stock. Mo, Di, Do, Fr: 8,30-12h, Mi 17-19h.
MieterInnen-Ini, kostenl. Berat., Liechtensteinstr.123/20, Mo+Di, 14-18h, 3194486
Beweg. Rot. Wien, Büro Mo, Di, Fr 10 - 13h, Di-Do 15 - 18h, Tel. 319 04 57. Jour fixe j. 1. u. 3. Do 18-20h, 1090 Liechtensteinstr. 123/20; Stammt. j. 1. u. 3. Do 20-22h, Cafe Singvögel, 1090 Liechtenst.str. 109
FRIEDEN: Bew. gg. d. Krieg (1080 Josefstädterstr. 29, Tel/Fax 971 33 19). Treffen Di 20h: Vorstadtzent., Gußhausstraße 14/3, 1040
Wr.Friedensbew., Plenum jed. 1. Di. i. Mon. 19h, Lokal Rotpunkt, 1050 Reiprechtsdorfer Str. 6
Friedenswerkst. Linz, 4020 Dingho-

Termine

ferstr.27, Tel.0732/771094, Fax 0732/797391, Büro & Bibl. Mo 13-18, Mi 9-14, Do 17-19

ARBEITSLOSE: AMSand, Beratung: Do, 18h, Amerlingh., 1070 Stüftg.8, <http://www.amsand.com>; Frauenberatung AMSandstrand: jed. 1., 2. u. 3. Di. im M. von 18 bis 20h, <http://www.amsandstrand.com>

Verein "Zum Alten Eisen" / 1080 Laudong. 16, Tel. 0664/100 90 83 Mo - Fr 8-16h, Treffen jed. Do ab 16h im Gasthaus Dormann 1050 Wimmerg.9

Verein. Arbeitsloseninis: NÖ, 3100 St. Pölten, A. Hofer Str. 4, T.02742/73440; Salzburg - Itzling 5020, Kirchenstr.34/ABZ-Beisl, Tel. 0662/ 821833; Klagenf. 9020, Südbahngürtel 24, Tel. 0463/319732; Vlb. 6805 Feldk.-Giesingen, Runastr. 25, Tel. 05522/37536

Föder. d. ArbeiterInnen syndikate (FAS) <http://www.syndikate.at>

ASYL/MIGRATION/RASSISMUS: SOS-Mitmenschen: 1071, Pf. 220; 5249900, F: 524 99 009

ZARA Beratungsst. für Zeugen & Opfer v. Rassis., 1060 Luftbadg.14-16; 9291399, <http://www.zara.or.at> ZARA bietet gemeinsam mit VHS Ottakring wieder Workshops, Trainings etc. an. Mo - Do 10-18h

Verein Zebra, Graz, Schönaugtl. 29; u.a. mutterspr. Wohnrechtsberat., Tel. Anm. 0316/71 46 42 Mo-Fr, 9-12h

Flugh.-Soziald. u. Grüne AusländerIn. berat. 1060 Wien, Magdalenenstr.24,

Tel. 587 59 99

Asylkoordination, 1080 Laudong. 52/9, Anm: Tel. 53 212 91 - 14, dallinger@asyl.at, <http://www.asyl.at>

Forum gg. Antisem., Tel. 53104-255 Mo-Do 9-17h, Fr 9-14h. 24h-für Notfälle: 3698526

LGBT: LICRA - Internat. Liga gg. Rassistis. & Antisem., NGO, Jour fixe j. 1. und 3. Mo im Mo, 19:30, Rep.Club, 1010, Rockhg.1/Cafe Hebenstreit

Antidiskrim.stelle f. Lesb., Schw., Transgend.: Di 14-18h., T.4000/81449, 1080 Fr. Schmidt Pl. 3, 3.St.

Rechtskomitee Lambda f. pol. & rechtl. interess. Lesben, Schwule, Bisexuelle. J. 1. Mo., 19h, X-Bar, 1060 Mariahilferstr.45, Raimundpassage

WILI-Wr. Lehr.In.Ini j. 1. Mi. 19:30 KIV, 1020 Odeong.1/Gr. Mohreng.

Wuk-Inforunde: j. 1. Mi. i. Mo. 18h. Permakultur, Selbstversorg., Tauschkreise, Veganes; 1090 Währ. Str.59

RKL & Aktionskom. gg. Sozialabbau: Vorstadt-Zentrum, Gußhausstraße 14/3, 1040, So von 16-22h, Soli-Cafe Di 18h

Augustin; j.1.Mi.i.Monat 18-20 Uhr Schreibwerkstatt im Häferl, 1060 Hornbostelg.6; Radiowerkstatt j.2.Mi.i.Monat 10-12 Uhr, 1040 Mostg. 7/3; 587 87 90

ATTAC: 1050 Margaretenstr. 166/3.St./25, T 5440010, www.attac.at

W.E.G.: virt. Kostnixladen u.a.:

<http://www.geldlos.at> - Kostnixladen im vekk. 1050 Zentag.26, Mo, Do, Fr jew. 15-20h. ebda: WEGZehr & Kostnix-Kino jed. 1. Do im Mon., kochen ab 14h, ab 20h filme und voku

I:DA, anarchistisch-libertäres Kollektiv: Film & Volkküche, Di, ab 20h. 1150 Zwölferg.9, hinterm Westbahnhof

AUGE/UG Büro, Termine /Themen: <http://www.auge.or.at>, Mi., Ort: Belvedereg. 10/I, 1040; KIV/Unabh. Gewerksch. Gemeindebed., KIV-Club Odeong.1/ Eingang Ecke Mohreng., 1020, kiv@kiv.at

Arge WDV, argewdv@verweigert.at, 535 91 09, Fax 5327416. 1010 Schoteng. 3a/1/4/59. Wehrdienstverweig. u. Zivilberat. Mo 18h, Deserteurs- u. Flüchtl.berat. Mi 18h; <http://www.deserteursberatung.at/>; Tel. 533 72 71; Rechtsberatung: J.1.Do/Monat, 18h, bei dring. Fällen: 0699/112 25 867, Fax: 532 74 16, solidaritaetsgruppe@chello.at

Polit. Bezirksini. PolDi-Politik Direkt am 1. oder 2.Mo im Mon, 19h Uhr, Cafe Sperlhof, 1020 Große Sperlg. 41. <http://poldi.mond.at>, Nachfragen: 319 44 86 o. poldi_news@mond.at

Marxer Lesestube (Zeitungen, Sachbücher, Kaffee-Plausch) Fr ab 16h, 1030 Marxerg. 18 (Ecke Gärtnerstr.)

IA.RKP j. 1. Mi im Monat, 19h Amerlinghaus, 1070 Stüftg. 8

VIRUS Di, 20h WUK-Umweltb., 1090

Währ.Str.59, Eisenstiege

Gruppe Prolet. Revol. (Linkskomm.) & AG Kampagne zur Ausdehnung von Protesten auf die Beschäftigten der Betriebe, Di außerh. der Ferien, 15h; Pizzaria Venezia, 1040 Weyringerg./Viktorg., klassenaktion@gmx.at, T. 0699/10 38 55 80

Amtshaus Mariahilf, jed. ersten Donnerstag/Workstag im Monat von 16-18h kostenlose psychotherap. Erstberatung! Anm. unter 4000-06110, 1060 Amerlingstr.11, 1.Stock

Amerlinghaus, meistens jed. 1. + 3. Sonntag regelmäßige Treffen der Opferinitiative gegen Machtmissbrauch und sexuelle Gewalt - Info: <http://www.opferoffensive.com>. 1070 Stüftg.8 (0699 11 48 23 65, opferoffensive@hotmail.com)

Derzeitiges

Jüdisches Museum, Ausstellung bis 31.10.2010: Die Türken in Wien - die Geschichte einer jüdischen Gemeinde. tägl. außer Sa, 10-18h, 1010 Dorotheerg.11

Österr.Museum für Volkskunde, Ausstellung bis 12.9.2010: Der 1. Mai - Demonstration. Traditi-

Anarchistisches Sommercamp in Österreich

30. Jul - 08. Aug 2010

Das Anarchistische Sommercamp findet 2010 zum mittlerweile 5. Mal statt. Das Bestreben der Teilnehmenden ist es dabei, für die Dauer des Camps ein Zusammenleben ohne Hierarchie zu erreichen, diesbezügliche Erfahrungen in das Camp einzubringen, mit anderen zu teilen und wieder mit nach Hause ins alltägliche Leben zu nehmen.

Das Sommercamp bietet AnarchistInnen und Interessierten aller Strömungen Gelegenheit, zusammen zu finden und sich freundschaftlich austauschen zu können. Dabei spielt es keine Rolle, wie belesen, erfahren oder wortgewandt die BesucherInnen sind. Ob Teil einer "Szene" oder belesene "Theoretikerin", Anarchosyndikalistin, Berliner "HausbesetzerIn" oder begeistertes Mitglied der "Rainbow-Family" (1). Auf dem Camp gibt es selten Anlass zum Streit, und am Frühstückstisch oder bei gemeinsamen Spielen lassen sich Kontakte zu Leuten knüpfen, auf die mensch sonst nie stoßen würde.

Die Gemeinschaft zeichnet sich nicht durch Diskussionen zu top-aktuellen Themen (die mensch erst einmal kennen muss) oder die Findung der jeweils radikalsten Lösung aus, sondern vielmehr durch gegenseitiges Interesse und Rücksichtnahme auf alle

Anwesenden. Neben neuen FreundInnen und gutem Essen gibt es auf dem Camp auch sicher wieder täglich mehrere Workshops, Gesprächsrunden und neue Spielideen.

Die Teilnahme ist nur an wenige, leicht nachvollziehbare, Regeln bzw. Vorschläge gebunden, die den emanzipatorischen Ansprüchen möglichst aller Camp-BesucherInnen Ausdruck verleihen sollen. Es sind so wenige, dass sie hier genannt werden können:

- * Rücksichtnahme beim Kochen auf VeganerInnen und AllergikerInnen (in der Praxis heißt das: meist ausschließlich veganes Essen - für viele nicht VeganerInnen eine willkommene Gelegenheit, sich spielend leicht mit Rücksicht auf andere Lebewesen zu ernähren).

- * Sensibler und solidarischer Umgang im Falle von Diskriminierungen (Definitionsmacht von Betroffenen bei JEDER Art von Übergriff/Grenzüberschreitung).

- * Und - leider - keine Hunde (es ist nicht vorhersagbar, ob bei erwarteten 200 BesucherInnen 2 oder 30 Hunde am Camp teilnehmen würden, eine "Meute" von 30 Hunden würde aber die Kapazitäten des Geländes und der Teilnehmenden wohl übersteigen).

- * Als Unkostenbeitrag sind ungefähr 8€ pro Person und Tag vorgesehen, dies ist allerdings kein "Preis" sondern ein recht variabler Betrag. Wenn BesucherInnen mit hohem Einkommen mehr zahlen, ist es kein Problem, wenn BesucherInnen ohne Einkommen nichts zahlen.

Die Rahmenbedingungen (es gibt sanitäre Einrichtungen und zur Not auch Betten) sollten es eigentlich jedem und jeder - egal ob Anarchist und / oder Elternteil einer / eines BesucherIn - annähernd Interessierten möglich machen, zumindest ein oder zwei Tage vorbeizuschauen.

Eine billige Anreisemöglichkeit bietet übrigens das Einfach-Raus! Ticket der ÖBB, mit dem 2-5 Personen um 28€ mit Regionalzügen überall in Österreich hinfahren können.

Nähere Infos: <http://www.acamps.net/AST>

Das Anarchistische Sommercamp 2010 findet in 3851 Kautzen, NÖ (nahe der tschech. Grenze), Dobersberger Strasse 23 (kurz vor Tiefenbach) statt. (Achtung, drei Straßenstücke hintereinander heißen Dobersbergerstraße, es ist die, die am nächsten zu Tiefenbach liegt)

PS: Am 24. Juli 2010 veranstaltet die A-Camp Orga-Gruppe Wien/Umgebung ab 16 Uhr eine große Diskussionsrunde (aka Groß-Plenum) zur Beantwortung aller Fragen und Sammlung etwaiger Arbeitsbeiträge mit anschließender Warm-Up Party in der i:da (Zwölfergasse, Kakerlaktentüre). Spätestens dort erfahren alle alles.

-postcore-

(a) Rainbow-Family: Häufige BesucherInnen sog. Rainbow-Gatherings, einer Mischung aus Festival und Landkommune auf Zeit, findet meist unter freiem Himmel in abgeschiedener Umgebung statt. Offizielle Veranstalter gibt es keine, sondern lediglich so genannte Focalizer, die Informationecamp@lnxnt.orgn zu Ort und Vorbereitung der Zusammenkunft verbreiten.

on. Repräsentation. 1080 Laudong.15-19, geöffnet Die bis So 10 - 17h, Begleitprogramme u.a. für Schulen und SeniorInnen

Wr.Rathaus, Stadtinformation, Ausstellung bis 9.7.2010: AUF- führung durch 35 Jahre AUF- Eine Frauenzeitschrift und das Video von Marlene Streeruwitz. Geöffnet Mo bis Fr 8 bis 18h, Eingang Friedrich Schmidt Platz Open Air am Augartenspitz, 1.7. bis 22.8.2010 ab ca 21h: Kino wie noch Nie. 1020 Ob.Augartenstr.1/ U 2 Taborstraße

Ausstellung vom 13. September bis 11. Dezember 2010: PUNK in Wien - Pankahytn 1150 Johnstr.45, Infos www.pankahytn.isdrin.at

Sommeraktivitäten der Grün Alternativen Jugend Wien - siehe www.gaj.wien.at

GRAS Uni Wien trifft sich jed. Mo zum basisdemokratischen Plenum, Infos aktiv@gras.at

Amerlinghaus, jed. 2. Mittwoch abends offene antirassistische Treffen. 1070 Stifftg.8, Infos anti-raplenum@riseup.net

i:da - anarchistische Utopie zu leben, Infos www.ideedirektaktion.at

Anarchistische Bibliothek ist jed. Mo von 18 bis 20h geöffnet. 1070 Lerchenfelder Str.124-126/Hof 3/Tür 1a

Sommerveranstaltungen

4.7.: bis Fr 9.7.: 27. Internat. Sommerakademie des Österr.Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung - Burg Schlaining/Bgld. Thema: Vergessene Kriege - zwischen Schatten und Licht oder das Duell im Morgengrauen um Ökonomie, Medien und Politik. Anm. und Infos www.aspr.ac.at/sak.htm,, e-mail: roithner@aspr.ac.at, Tel. 79 69 959 oder 03355/2498-502

14.-18.7.:BRAUNAU - RANSH-OFEN (OÖ): Attac-sommerakademie "Demokratie neu denken. Politik gestalten - Alternativen leben". (Infos: www.attac.at), Pfalzstr.15, Hauptschule

19.-25.7.2010, Eurocamp in Weißenbach am Attersee/OÖ, intrnat. Sommercamp der RSO - Revolutionär-Sozialistische Organisation, siehe www.sozialismus.net

18.-25.7.: VÖCKLABRUCK (Seminarhaus St.Klara): "Kreative Konfliktlösung - Theater der Befreiung (nach A.Boal)" Forumtheaterwoche (offen für alle). (Anmeldung und weitere Infos bei Michael Thonhauser, Tel. 0650/5034861; mt [at]

wegezumziel.at ; www.wegezumziel.at)

1.9. bis 5.9. grünalternatives Sommercamp für junge, kritische und engagierte Menschen zwischen 16 und 25 Jahren in Losenstein/Jugendherberge, keine Teilnahmegebühr. Thema: Mit Links aus der Krise! Rein ins Gute Leben. Infos und Anmeldung bis 9.Juli.: www.ooe.gbw.at oder Tel. 07674/64218

2.9. - 5.9. Bregenz, Sommerakademie der Grünen Bildungswerkstatt: Über die Grenzen hinaus... Perspektiven der Europäisierung und Globalisierung kommunaler, regionaler und nationalstaatlicher Politik. Mit internat. tätigen NGOs und politischen MandatarInnen. Infos unter buero@gbw.at, Tel. 526 91 11, 1070 Neubaug.8 und www.sommerakademie2010.at

Mittwoch, 30.6.

AUGE/UG, ab 13h Produktion der letzten Akin vor der Sommerpause. 1040 Belvederg.10

AUGE/UG, 18h, Treffen der Aktionsgruppe zum Thema: Rassismus und Abschiebepolitik, aufgrund der aktuellen Ereignisse und als Nachbereitung des ZARA Antirassismus-Seminars vom 19.6., 1040 Belvedereg.10 GH Zypresse, 19h, SLP-Veranst: Nationale Frage am Beispiel Israel/Palästina. 1070 Westbahnstr./Kaiserstr.

Amerlinghaus, RSO Jugend, Antikapitalistischer Filmabend: Michael Moore: Kapitalismus - eine Liebesgeschichte. Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaft auf das Leben der Menschen und welchen Preis sie dafür zahlen müssen. 1070 Stifftg.8

read!!ing room, 19,30, Seminar: Kleine Schule der Demagogie - ob Lueger, Haider oder Strache u.a. .. sie alle waren Demagogen. Mit welchen Taschenspielertricks Demagog/innen auf Stimmenfang gehen. 1050 Anzengruberberg.19/1

Salzburg, Shakespeare, 19h, SLP-Disk: Die Widerstandsbe- wegung gegen Blau/Schwarz 2000/2001. Welche Lehren ziehen wir für zukünftige Bewegungen. H.Sattler Gasse 3

Donnerstag, 1.7.

Heldenplatz, ab 18,30 Demonstration: GENUG IST GENUG - für ein sofortiges humanitäres Bleiberecht für die Familie Zogaj, für eine menschenwürdige Asylpolitik und ein humanitäres Bleiberecht. SOS Mit-

mensch und andere KIV Club 18h, Plenum, 1020 Große Mohreng.42/Odeong. Linz, Evang.Pfarrgemeinde, 19h, Attac Linz - Treffen. Konrad Vogelstr.4

Istanbul, bis 4. Juli: 6. Europäische Sozialforum

Freitag, 2.7

Simmeringer Hauptstr.101, ab 14h SommerFest am WAGEN- PLATZ-Treibstoff!

OKAZ, 19h, Vortrag zur Apartheid-Mauer im militärisch besetzten Palästina. 1040 Gußhausstr.14/3

bis 4.7.: Waldorfschule Wien Mauer: SOL-Symposium "Nachhaltig leben - genussvoll für alle" (Infos: www.nachhaltig.at/symposium, Tel. 01-8767924), 1230 Endresstr.100

Salzburg, Nonntal, ab 20h Flüchtlingsfest - Eintritt frei

Samstag, 3.7.

Wien Graben/Tuchlauben, 14 - 16h, Mahnwache für Gaza und Palästina. Mahnwache der Frauen in Schwarz/Wien

Sonntag, 4.7.

4.7.: Treffen zu einer neuen Station der Steine der Erinnerung, ab 16h 1010 Passauerplatz 6

Dienstag, 6.7.

Salzburg, SUB, 20h, Kinoki: Dalle alpe apuani - widerständige Geschichten aus den Apuanischen Alpen. Müllner Hauptstr.11

Innsbruck, Südwind-Bibliothek, 19h, attac-Treffen und Vorbereitung der globalisierungskritischen Stadtspaziergänge. Weltladen Triumphpforte, 1.Stock

Mittwoche, 7.7.

Linz, Stadtwerkstatt, 19h, Vortrag mit dem Altöttinger Mieter Konvent: Selbstorg. Hausprojekte - Alternative Wege zu den eigenen 4 Wänden. Kircheng.4

Freitag, 9.7.

KIV-Club, Streik-Seminar ab 16h, Anm.: Tel.216 52 72, kiv@kiv.at, 1020 Große Mohreng.42/Odeongasse

Dienstag, 20.7.

18.30, U2 Station Schottentor/ Universität, Marsch zum Heldenplatz: Menschenrechts-

marsch für Menschen mit HIV/AIDS - SocialAttac-Gesundheit ruft auf, dieser Marsch findet im Zuge der Welt-AIDS-Konferenz statt

AUGUST

6.8.: um 17h Wr. Stephansplatz Hiroshima-Veranstaltung, ab 20,30 Laternenmarsch zum Teich vor der Karlskirche

9.8.: um 19h Buddhistische Lichterzeremonie bei der Wr.Friedenspagode , 1020 Hafenzfahrtsstr. 80 B

14.8.: um 11h feierliche Eröffnung von drei neuen Stationen der Erinnerung am Alsergrund, 1090 Fechterg. 19

14.8.: Steyr, Grünes Sommerfest im Gasthof Queng ab 18h, bei Schlechtwetter am 21.8.

SEPTEMBER

Samstag, 4.9.: Bis Sonntag wird es wohl wieder das Volksstimmefest auf der Jesuiten Wiese geben

Mittwoch, 8.9.: Volkskundemuseum, 18h, Film: Mit einem Lächeln auf den Lippen - eine Hausarbeiterin ohne Papiere zieht vors Arbeitsgericht/D 2008. Und Resiste! - Aufstand der Praktikanten/D 2009. 1080 Laudong. 15

Sonntag, 12.9.: Volkskundemuseum, 11h, Filme: Salt of The Earth/USA 1954, Sacco und Vanzetti/USA 2007, With Babies And Banners/USA 1979, Arbeiter verlassen die Fabrik/D 1995. 1080 Laudong.15

Montag, 13.9.: Krems/Donau, Stein, GH Salzstadl, 18h, Attac zum Kennenlernen. Steiner Donaulände 32

Dienstag, 14.9.: Jüdisches Museum, 18,30: Behic Erkin - Botschafter und Retter! Emir Kivircik berichtet von seinem Großvater Behic, der als türkischer Diplomat in Paris zwischen 1939 und 1943 tausende Juden sefardischer Herkunft vor der drohenden Deportation rettete. 1010 Dorotheerg.11

Donnerstag, 30.9.: Wr.Neustadt, Bildungszentrum St.Bernhard, 19h, Vortrag zur Konsumsucht. Neuklosterg.1, Veransth.gem.mit Attac

OKTOBER

Bildungsreise der Grünen Akademie in die Niederlande: Rechtspopulismus versus Toleranz - eine Nachschau in Rotterdam. Termin Freitag, 22. 10. bis Dienstag 26. Oktober 2010. Anmeldung: bildungsreisen@gruene-akademie.at

Am 12. Juni 2010 ist Max Schneider verstorben. So lange er konnte, erzählte er als "Zeitzeuge" in österreichischen Schulklassen über sein Leben und seine Erfahrungen im Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus.

Max Schneider ließ die vielen ihm zumeist gebannt zuhörenden jungen Menschen teilhaben an seiner Haltung: Wir müssen versuchen die Welt zu verstehen und dann in ihr handeln, so gut wir es verstehen. Und es macht keinen Sinn, in Sentimentalität zu versinken und den klaren Kopf und die Kraft zur Veränderung dadurch zu verlieren. "Yes we can" hat er schon vermittelt, bevor es Mode wurde. Bis zuletzt bewahrte er den klaren Kopf und die Abneigung gegen Sentimentalität. "Ich kann mir beim Sterben zuschauen", sagte er über die Krankheit, die ihn immer mehr lähmte und der er am 12. Juni 2010 erlag.

Max Schneider wurde 1921 als Sohn des Abraham und der Josefine Schneider in Wien geboren. Seine Schwester Gertrude kam 1923 und sein Bruder Robert 1936 zur Welt. Max schloss sich als Kind den Roten Falken an und nach dem Februar

Max Schneider (1921-2010)

1934 mit seinen Freunden dem illegalen kommunistischen Jugendverband.

Über seine zukünftige Frau Ruth kam er zum linkszionistischen Hashomer Hazair, mit dessen Hilfe er im Frühsommer 1939 gemeinsam mit Ruth nach England entkommen konnte. Seine Schwester Gertrude wurde mit einem Kindertransport gleichfalls nach England gerettet, seine Eltern und sein kleiner Bruder Robert wurden wegen ihrer jüdischen Herkunft deportiert und bei Riga ermordet. Nach Kriegsausbruch wurde er zunächst nach Kanada gebracht, bevor er in England in der Rüstungsindustrie arbeitete. Er heiratete Ruth und meldete sich als Freiwilliger zur Armee des Vereinigten Königreichs.

Als Angehöriger einer schottischen Infanterieeinheit kämpfte er in Frankreich, Belgien und Holland für die Befreiung seiner Heimat vom Nationalsozialismus, bevor er in Norddeutschland verwundet wurde. Er wurde für seine Tapferkeit ausge-

zeichnet, was ihn freute, was er aber auch für dumm befand: "Es klingt deshalb dumm, weil das z.B. auch viele deutsche Soldaten bekamen. Es kommt aber darauf an, wozu, gegen welchen Feind, für welche Sache. Das begleitet mich als ein angenehmes Gefühl durchs Leben: nicht, dass ich die Auszeichnung bekommen habe, sondern dass ich das Gefühl habe, ich habe mich richtig verhalten."

1947 kehrte er gemeinsam mit seiner Frau Ruth nach Österreich zurück, wo er zunächst für die KPÖ arbeitete, nach seinem Zerwürfnis mit der Partei dann als Vertreter für eine englische Firma. Er engagierte sich im Rahmen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands (DÖW) und des Zeitzeugenprogramms des Unterrichtsministeriums. Seine klugen Diskussionsbeiträge bereicherten zahlreiche Seminare von erinnern.at. Er fehlt uns.

Die Verabschiedung findet am Dienstag, den 29. Juni 2010 in der Feuerhalle Simmering, Simmeringer Hauptstraße 337, 1110 Wien um 13 Uhr statt. Die Urnenbeisetzung erfolgt am 2. Juli 2010 um 10.45 am Friedhof der Feuerhalle Simmering.

Quellen: DÖW (Hg.), Jüdische Schicksale. Berichte von Verfolgten, Wien 1992, S. 479-481

DÖW- Nachruf: http://www.doew.at/aktuell/schneider_max.html

Interview mit Max Schneider siehe DVD zeit:zeugen. Opfer des NS-Regimes im Gespräch mit Schülern

http://erinnern.at/e_bibliothek/miscellen/201e-dass-ich-das-gefuehl-habe-ich-habe-mich-richtig-verhalten.201c

VORSICHT: kleingedrucktes!

Die aktuellen Informationen verstehen sich als wöchentliches diskussions-, mitteilungs- und nachrichtenblatt mit einem termin- und veranstaltungskalender. Weiters sollen ideen und informationen möglichst vieler fortschrittlicher gruppen, initiativen und personen weiterverbreitet werden. Jeder artikel drückt lediglich die meinung der unterzeichnenden autoren und autorinnen aus. informationen und technische informationen können ungezeichnet bleiben.

Bedeutung der Kürzel: "akin" bedeutet einen Eigenbericht, "bearb." bezeichnen Artikel, die ohne weitere Recherche übernommen, aber sprachlich bearbeitet wurden, "gek." bezeichnet reine Kürzungen. Die redaktion besteht auf ihrer autonomie und behält sich daher auch das recht vor, texte zurückzuweisen, zu kürzen oder zurückzustellen. Faschismen, sexismen, rassismen und totalitarismen werden prinzipiell nicht gedruckt. Texte können aber teilweise oder komplett auch abgelehnt oder zur späteren veröffentlichung zurückgestellt werden, wenn sie beleidigend sind, nichts neues respektive mittelmäßig enthalten, nicht, nur schwer oder nur einem spezialpublikum verständlich oder rechtlich bedenklich oder überlang sind. Auch wenn durch eine veröffentlichung ein unzumutbarer schaden eintreten könnte, den die redaktion sich zu verantworten außer stande sieht, kann ein abdruck unterbleiben.

Ablehnungen können in der akin mitgeteilt und begründet werden. Auf verlangen einer solchen begründung wird eine solche obligatorisch abgedruckt. Es liegt an der redaktion, zu entscheiden, ob ein text in eine der oben angeführten kategorien fällt. Sollte nach längerer diskussion kein konsens innerhalb der redaktion zu

erreichen sein, entscheidet die mehrheit der anwesenden redaktionsmitglieder. Diese sind jedoch gehalten, nach einer für alle tragbaren lösung zu suchen. Stimmberechtigte mitglieder sind nur regelmäßige mitarbeiterInnen der redaktion. Nach redaktionsschluß einlangende artikel können unter umständen nicht mehr berücksichtigt werden.

Analog gelten diese regelungen auch für die beilage von flugblättern. Abgelehnte manuskripte können in der redaktion eingesehen werden. Flugblätter etc. werden als dokumente aufgenommen und sind bestandteile der "aktuellen informationen". Soweit diese impressa tragen, haben sie hier keine gültigkeit. Es gilt lediglich das impressum der "aktuellen informationen". Die akin ist mitglied der vereinigung alternativer zeitschriften (VAZ).

Wöchentlicher herstellungsplan (wenn nicht anders angekündigt): redaktionsschluß und öffentliche redaktionssitzung: montag, 18h. Redaktionsschluß für termine: mo, 12h. Flugblätter, die der papierausgabe beigelegt werden und auch in der elektronischen selbstdruckausgabe erscheinen sollen, sind bitte als word- oder ungeschützte pdf-files ebenfalls bis mo, 18h übermitteln. Die manuelle produktion findet im auge-büro in der belvederegasse 10, 1040 statt: letzter termin zur ablieferung bereits gedruckter, beizulegender flugblätter: 13h; zusammentragen, heften, versandfertig machen: ab 13h.

Die abonnementkosten decken die produktionskosten nicht. Wir ersuchen daher die bezieherInnen der akin, sich mindestens einmal jährlich an den herstellungsarbeiten technisch und/ oder inhaltlich zu beteiligen.

Vertrieb und abonnementverwaltung: an

der redaktionsadresse (siehe impressum). Jahresabonnement (min. 32 reguläre ausgaben): 60 Euro (bei bfs-mitgliedern ist die abogebühr im mitgliedsbeitrag enthalten). Ausland: 60 E plus ein bisserl einer Spende; 3 Ausg. gratis zur Probe, bei Nichtbezahlung keine weitere Zusendung. Akin per e-Mail (als reiner Text oder pdf oder beides): für Papierabon. gratis, ansonsten 30 Euro. Konto-Nr.: Bank Austria, f0j — bewegung für sozialismus Blz. 12000 Ktnr. 223-102-976-00, zahlungszweck: akin.

Auf eurem adressenetikett steht in der obersten zeile der ablauf eures bezahlten abos (z.b. 07/12 = dezember 2007). Soweit abgelaufen, malen wir manchmal um das etikett einen kreis. Und im WWW findet ihr unser Archiv unter:

<http://akin.mediaweb.at>

IMPRESSUM: Medieninhaberin (verlegerin), herausgeberin und herstellerin: bewegung für sozialismus (f0j), belvedereg. 10, 1040 wien. Nachdruck unter quellenangabe und zusendung eines belegenplars erbeten. Reproduktionen im internet bitte unter angabe unserer webadresse oder des deeplinks sowie benachrichtigung per mail. DVR-nummer: 0557 021; redaktion und postadresse: lobenhauerng.35/2, 1170 wien. tel. 01/53-56-200, kein fax, akin.buero@gmx.at

Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt
RETOUREN an FÖJ/BfS c/o AUGE, 1040 Wien, Belvedereg. 10/1